

Nassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: bei amtlichen Postanstalten
vierteljährlich M. 1.20. Bei freier Bestellung
ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.

Erscheint 3mal wöchentlich
Dienstage, Donnerstage, Samstage.
Redaktion: Guido Seidler in Biedrich.

Nassauisches Tagblatt. — Nassauische Zeitung. — Nassauischer Generalanzeiger. — Nassauische neueste Nachrichten.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Amthliches Veröffentlichungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Anzeigenpreis: f. d. 6spalt. Colonialsche
oder den Raum 15 Pfg. Reklamazeile 50 Pfg.
Redaktion u. Expedition: Biedrich a. Rh.,
Rathausstraße 16. Telefon Nr. 41.
Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler
vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biedrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Drieden, Eddersheim, Erbenheim, Giesheim, Graunheim, Georgenborn, Heßloch, Jgstadt, Kloppenheim, Maßenheim, Niedenbach, Nauod, Nordenstadt, Rombach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau, Weilbach, Wicker, Wildschaden.

Nr. 144.

Dienstag, den 3. Dezember 1918

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

18 Jahrgang.

Amthlicher Teil.

Nr. 613.

Aufruf an die heimkehrenden Soldaten!

Kameraden! Beachtet bei der Ankunft auf dem Bahnhof die Plakate! Sie sagen Euch, wo ihr schnellstens die nötigen Lebensmittelmarken oder Euer Essen selbst bekommt, wo Ihr Unterkunft findet, wo der nächstgelegene Arbeitsnachweis ist. Alle Vorkehrungen gegen Arbeitslosigkeit sind getroffen. Für den äußersten Fall seid Ihr durch Erwerbslosenunterstützung sicher gestellt. Der Arbeitsnachweis sagt Euch näheres.

Vergeht Eure Gesundheit nicht! Krankheit gefährdet mit Euch auch alle die, zu denen Ihr heimkommt. Ihr habt freie ärztliche Versorgung. Seht Plakate am Bahnhof.

Sucht Entlassungsantrag und Bäder auf, ehe Ihr ins eigene oder fremde Quartier einzieht. Seht Plakate am Bahnhof!

Vermeidet die großen Städte! Ihr findet anderwärts bessere Ernährung und Unterkunft. Kehrt aufs Land zurück! Ihr findet dauernde Beschäftigung in der Landwirtschaft, die nur mit genügenden Arbeitskräften die Ernährungslage verbessern kann. Gesindeordnung und das einschränkende Koalitionsrecht für Landarbeiter sind gefallen. Nichts braucht Euch mehr vom Lande fern zu halten. Große Ansiedlungen sind in Vorbereitung.

In den ersten Wochen werden dringend Arbeitskräfte für die Verkehrsmittel (Eisenbahn, Lokomotiv- und Wagonreparatur und Lokomotivbau) und für die Kohlenbergwerke gebraucht. Näheres erfahrt Ihr beim Arbeitsnachweis.

Soldaten! Bedenkt, daß Eure Entlassung nicht auf einmal erfolgen kann. Die Reihenfolge wird durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt. Zuerst die Arbeiter der Transportanstalten und des Bergbaus, die Angestellten der Arbeitsnachweise und Gewerkschaften, das Personal der Gas-, Wasser- und Kraftwerke; jüngere Jahrgänge später als die älteren; Verheiratete vor den Unverheirateten. Die Ordnung muß eingehalten werden.

Kameraden! Kehrt Eurer Laten würdig heim! Sorgt alle selbst dafür, daß keine Schande auf Eure in unzähligen Schlachten unterlegte Ehre fällt! Bringt deutliche Pflichterfüllung und Ordnung, freudige Kameradschaftlichkeit, die Augen der Feldsoldaten heim. Mit Euch, Ihr endlich heimkehrenden, erbaute sich das ganze Volk in freudiger Friedensarbeit die neue Welt. Seid willkommen!

Nr. 614.

Bekanntmachung.

Heeresgut darf nur mit Genehmigung des stellv. Generalkommandos oder der Intendantur 18. Armeekorps veräußert werden. Privatpersonen, welche entgegen diesen Bestimmungen Heeresgut kaufen, erwerben dadurch kein Besitzrecht an den betreffenden Gegenständen.

Es wird vielmehr gegen solche Privatpersonen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen werden.

Wiesbaden, den 23. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat.

gez. Wirth.

F. J. d. Gouv. F. d. Ch. d. St.

gez. Sommer, Major.

Nr. 615.

Bekanntmachung.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die vielfach und insbesondere auf dem Lande verbreitete Ansicht, daß mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien, falsch ist.

Die durch Bundesratsverordnungen usw. gegebenen Vorschriften, betreffend die Erhaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Abgabe von Nahrungsmitteln, die Verfütterung von Getreide usw., sind in Geltung geblieben und müssen nach wie vor gehandhabt werden.

Wiesbaden, den 26. November 1918.

Nr. II. A. 5416/1.

Der Landrat.
von Heimbürg.

Nr. 616.

Der Gastwirt Franz Weber zu Biedrich ist zum Schlachtvieh- und Fleischbeschauer für den 2. Bezirk, Stadtteil an der Baldstraße, Döppelmer Straße und Schiersteiner Straße zu Biedrich, sowie als stellv. Schlachtviehbeschauer für den 1. Bezirk beider übrigen Teile der Stadt Biedrich ernannt und verpflichtet worden.

Wiesbaden, den 27. November 1918.

Der Landrat. J. W. Rohl.

Nr. 617.

Betrifft: Unveränderte Fortführung der Geschäfte der Reichsgetreidekasse und des Landes-Getreide-Amtes.

Um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern, hat sich auch die Reichsgetreidekasse mit ihrer gesamten Organisation der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Auch das Landes-Getreide-Amt besteht fort und arbeitet. Nur ein Weiterarbeiten der Brotversorgung in der bisherigen Weise kann einen Zusammenbruch der Volksernährung und damit den Ausbruch von Hungersnot und Anarchie verhindern.

Getreideerzeugung und Verteilung dürfen als die Grundlagen unserer gesamten Brotversorgung nicht getrennt werden. Die Reichsleitung hat auch bereits angesichts vereinzelter Vorkommnisse im Reich unbefugte Eingriffe in die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel aufs strengste untersagt. Die örtlichen Stellen, insbesondere auch die Arbeiter- und Soldatenräte, sind nicht befugt, über Bestände der Reichsgetreidekasse und der Kommunalverbände wie auch der Heeresverwaltung an Mehl, Getreide usw. zu verfügen oder irgend welche Anweisungen der Reichsgetreidekasse, des Landes-Getreide-Amtes und der Kommunalverbände über Erzeugung und Verbrauch auszuheben oder zu ändern. Unsere Anordnungen (Rundschreiben und Einzelverfügungen) bleiben somit in vollem Umfang ebenso in Kraft wie die Reichsgetreideordnung usw. und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Die Kommunalverbände haben daher den Schriftverkehr sowohl mit uns, wie mit der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidekasse in der bisherigen Weise aufrecht zu erhalten.

Weiter ersuchen wir die Kommunalverbände, dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeindevorstände und die sonstigen ihnen unterstellten Stellen, insbesondere aber die Kommissionäre, ihre Tätigkeit ohne Rücksicht auf die politischen Ereignisse in gleicher Weise wie bisher fortsetzen. Der Verkehr mit der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidekasse und den Kommunalverbänden ist von den Getreideaufkäufern unverändert weiter zu pflegen. Ramentlich dürfen die Einholung von Verladeverfügungen und die Verladung nicht stocken. Auch der sonstige Schriftwechsel und Telegrammverkehr ist fortzusetzen; ebenso ist für ordnungsmäßige Fortführung der Wareneingangs- und -ausgangsbücher und Fertigung der Wochenzusammenstellungen zu sorgen. Nur Ordnung und Arbeit auf allen Wirtschaftsgebieten, besonders aber auf dem der Volksernährung, kann das Chaos verhüten.

Sollten durch besondere örtliche Verhältnisse der Fortführung der Arbeit Schwierigkeiten erwachsen, so bitten wir um unverzügliche telegraphische Benachrichtigung.

gez. Dr. Meiner.

An die preussischen Kommunalverbände.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 28. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
von Heimbürg.

Nr. II. Kornst. 8155.

Nr. 618.

Bekanntmachung.

Betrifft: Kleinhandelspreis für Speisefartoffeln.
Der Kleinhandelspreis für Speisefartoffeln wird hiermit für den Umfang des Landkreises Wiesbaden auf 10 Pfg. für das Pfund festgesetzt. Berücksichtigung findet hierbei die Rückerstattung der Schnelligkeitsprämie und die Verluste, die durch das starke Fallen der Kartoffeln entstehen.

In den Uebernahm-Gemeinden, wo die Unkosten für die Zufuhr der Kartoffeln und die Verluste beim Lagern wesentlich geringer sind, wird der Kleinverkaufspreis unter dem festgesetzten Höchstpreis bleiben müssen.

Wiesbaden, den 30. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
von Heimbürg.

Nr. II. A. 5653.

Nr. 619.

Betr. Pferdeversicherung.

In nächster Zeit läßt die Militärverwaltung die überzähligen Pferde versteigern. Zu den Verteilern haben nur solche Käufer Zutritt, die im Besitz einer Zulassungskarte (Pferdekarte) sind. Diese Zulassungskarten werden auf Antrag vom stellv. Generalkommando ausgestellt.

Formulare zu diesen Anträgen, je besondere für Industrie und Landwirtschaft, werden von den Bürgermeistereien abgegeben.

Die Verteilungsbedingungen sind ebenfalls bei den Bürgermeistereien und im Landratsamt (Zimmer 47) einzusehen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

J. A. Dr. Tennis.

Nr. 620.

Betrifft: Reichs-Reisbrotmarken.

Die auf 500 Gramm Gebäck lautenden Reisbrotmarken werden, wie bereits bekannt gegeben, mit Ablauf des 15. Dezember ds. Js. außer Kraft gesetzt.

Dem Verbraucher dürfen dieselben bis zum 15. Dezember einschließlich gegen 50 Gramm-Reisbrotmarken umgetauscht werden. Im Landkreis Wiesbaden erfolgt der Umtausch für die in Biedrich wohnenden Verbraucher beim Magistrat daleibst oder auch beim Kreisausschuß in Wiesbaden, Lessingstraße 16, Zimmer 29, für die Verbraucher in den übrigen Gemeinden beim Kreisausschuß.

Nach dem 15. Dezember ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelkartenabmeldechein oder sonstigen Ausweis vorlegt, Inhalts dessen er über den 15. Dezember hinaus mit Reisbrotmarken anstatt mit örtlichen Brotmarken zu seiner Brotversorgung versehen ist.

Wiesbaden, den 30. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
von Heimbürg.

Warnung für die Selbstversorger.

Das Hamstern und die Schleißversorgung mit Boden-erzeugnissen aller Art, namentlich aber mit Kartoffeln hat in den meisten Gemeinden des Kreises einen Umfang angenommen, der die Sicherstellung nicht nur der unbedingt zu erfüllenden Verpflichtungen, sondern auch die eigene Versorgung im Kreise auf das Schwerste gefährdet.

Wer dem Schleißhändler und dem Hamsterer Getreide und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotsmäßig verkauft, schädigt die Allgemeinheit und sich selbst! Wird unserem Kreise ein Teil unserer Vorräte durch Schleißhändler und Hamsterer genommen, so können wir die Mengen, die wir für unser Volk und für die Front liefern müssen, nur aufbringen, wenn wir die Ration der Selbstversorger herabsetzen! Jeder Landwirt weiß, was das für seine Wirtschaft bedeutet. Jeder Landwirt und jede Landfrau möge sich also sagen: Das, was jetzt der Schleißhändler und der Hamsterer zum Schaden der Allgemeinheit davon trägt, mußt Du später selbst mit Deinen Angehörigen aus Deinen Vorräten nach-mals hergeben.

Die Erzeuger von Bodenfrüchten verwarne ich daher wiederholt aufs eindringlichste, Kartoffeln, Getreide u. a. an Schleißhändler und Schleißhändler abzugeben. In allen Fällen in denen die Erzeuger ihren Lieferungsverpflichtungen gegenüber dem Kommunalverband nicht nachkommen, wird ein Eingriff in die für die eigene Versorgung belassenen Vorräte unaus-bleiblich sein.

Wiesbaden, den 12. Oktober 1918.

Der königliche Landrat.
von Heimbürg.

Die Reichsgetreidekasse hat sich mit ihrer gesamten Organisation der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, um die Volksernährung und damit die Zukunft Deutschlands zu sichern. Soll ein Zusammenbruch der Volksernährung und kaum auszudenkendes Elend vermieden werden, so muß die Getreideerzeugung und Getreideverteilung mit größtem Eifer und Gewissenhaftigkeit fortgesetzt werden. Damit wird nicht einer bestimmten Partei oder irgendeiner politischen Richtung, sondern unserer ganzen in schwerster Not ringenden Volks gedient.

Angesichts vereinzelter Vorkommnisse im Reich hat die Reichsleitung eine Verfügung erlassen, wonach unbefugte Eingriffe in die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel strengstens untersagt sind. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über Bestände an Mehl, Getreide usw. haben zu unterbleiben. Auch sind die örtlichen Stellen nicht befugt, irgendwelche Anweisungen der Reichsgetreidekasse aufzuheben oder zu ändern.

Wir bitten die Kommissionäre und selbstliefernden Kommunalverbände, dafür Sorge zu tragen, daß die Einholung von Verladeverfügungen und die Verladungen nicht stocken, daß auch der Schriftwechsel und Telegrammverkehr mit uns, sowie die ordnungsmäßige Führung der Waren-Ein- und Ausgangsbücher und die Wochenzusammenstellungen ungehindert fortgesetzt werden. Ordnung und Arbeit auf allen Wirtschaftsgebieten, besonders aber auf dem der Volksernährung ist das höchste Gebot der Stunde.

Sollten durch besondere örtliche Verhältnisse der Fortführung der Arbeit Schwierigkeiten erwachsen, denen von hier aus gekümmert werden kann, so bitten wir um unverzügliche Benachrichtigung.

Berlin W. 50, den 16. November 1918.

Reichsgetreidekasse, Geschäftsabteilung.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 26. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
von Heimbürg.

Nr. II. Kornst. 8121.

Bekanntmachung.

Das Bezirks-Kommando Wiesbaden wird am 30. November abends geschlossen und auflöst.

Wiesbaden, 27. November 1918.

Bezirks-Kommando Wiesbaden.

Bekanntmachung.

Die Regierung in Wiesbaden hat mit dem 1. 12. 18 in dem Gebäude Bertramstraße Nr. 3 ein

Kreis-Meldeamt

für die Kreise

Wiesbaden-Stadt

Land

Rheingau

Unterhannau

eingerrichtet. Das Kreis-Meldeamt ist zuständig für:

a) Anmeldung entlassener Heeresangehöriger
b) Regelung etwaiger persönlicher Ansprüche derselben, sowie Zahlung rückständiger Gehaltsrücklagen, Entlassungsgelder. Eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt noch.
c) Bearbeitung der Renten- und Versorgungssachen Kriegs-beschädigter.

Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich umgehend bei dem Kreis-Meldeamt anzumelden.

Wiesbaden, 27. November 1918.

Der Regierungs-Präsident.

Noch viele hunderttausend Zentner Hackfrüchte, Kartoffeln und Rüben sind im Boden, weil ausreichende Arbeitskräfte zum Ausnehmen fehlen.

Werden diese Feldfrüchte nicht bald geerntet, vernichtet sie der Frost. Das darf nicht geschehen, denn das wäre ein unersehlicher Verlust für unsere ohnehin schwer gefährdete Volksernährung.

Es ergeht daher an alle Arbeiter- und Bauernräte sowie an alle Behörden der dringende Ruf, überall dort, wo noch Kartoffeln im Boden sind, bei den Truppen und unter den Arbeitslosen männlichen und weiblichen Geschlechts durch Vermittlung der örtlichen Arbeitsnachweise sofort die Arbeitskräfte auszubringen, die erforderlich sind, die Ernte schnellstens zu vollenden.

Die Landwirte, die noch Kartoffeln im Acker haben, sind verpflichtet, von den nächstgelegenen Truppenteilen und Behörden die erforderlichen Arbeitskräfte gegen Zulassung eines angemessenen, die heutigen Teuerungsverhältnisse berücksichtigenden Lohnes schnellstens anzufordern.

Sind sie darin lässig oder verzögern die Ernte durch die Beigerung, einen angemessenen Lohn zu zahlen, so müssen die Behörden geeignete Zwangsmassnahmen ergreifen, um die Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren.

Berlin, den 18. November 1918.

Für das Kriegsernährungsamt: Burm.
Für das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Hofier.

Für das Ministerium des Innern: Dr. Breitscheid, Hirsch.

Bekanntmachung.

Die Ausgabestelle von Karbid zur Kleinbeleuchtung für den Landkreis Wiesbaden befindet sich in Wiesbaden, Reugasse 26 bei der Firma Martin Deder, Nähmaschinen- und Fahrrädermanufaktur.

Wiesbaden, den 25. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
von Heimbürg.

Nr. II. A. 5272.

Anordnung.

Reine Anordnung vom 19. November gegen den unlauteren Wettbewerb für die Bezirke der Stadtgemeinden Wiesbaden und Biedrich a. Rh. — abgedruckt in Nr. 48 unter Ziffer 1013 des Regierungsamtsblatts von 1912 — die durch die Anordnung vom 3. November 1915 (Reg.-Amtsbl. S. 368 Nr. 690) bis zum 31. Dezember 1918 verlängert worden ist, bleibt nach auf weitere 3 Jahre, also bis zum 31. Dezember 1921 bestehen.

Wiesbaden, den 20. November 1918.

Der Regierungspräsident.

München, 30. November. In der Plenarsitzung der Reichstagskommission für die Rheinlande...

Joos Ziele.

Haag, 30. November. Durch den Beschluß Englands und Amerikas sind die Waffenstillstandsangelegenheiten in die Hände Frankreichs übergegangen. Seine Vorkommnisse geben ihm eine außerordentliche Machtstellung auch in politischer Beziehung. Der Zustand ist es, daß die Politik des politischen Verhaltens der Regierung von dem französischen Militär reguliert wird.

Von einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten werden folgende Vorteile erwartet: Auflösung der deutschen Armee durch Gefangennahme, oder völlige Zerschlagung der Verbände, Niederbruch der wirtschaftlichen Organisation der entscheidenden Bundesstelle. Ferner wird erwartet, die politische Einwirkung der Entente in dem bereits besetzten Gebiet, entsprechende Rückwirkung auf das noch unbesetzte Gebiet und der Einzug in Berlin, in der weiteren Folge vor allem die Sprengung der internationalen Solidarität, besonders der Arbeiter.

Ab Köln 30. November. Der Berliner Korrespondent der "Kölnischen Zeitung" meldet: Joos fordert die Ablieferung großer achtziger Lokomotiven, worüber in den Verhandlungen nichts vereinbart worden ist. Dieser Forderung können wir aber schon deshalb nicht entsprechen, weil wir nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl der Lokomotiven besitzen.

Clond Georges Unnachgiebigkeit.

Kriegsentschädigung Deutschlands und Bestrafung des Kaisers.

Ab London, 30. November. In einer Rede, die Lloyd George heute nachmittag in New Castle hielt, sagte er u. a.: Der Friede, über den bei der kommenden Konferenz entschieden werden muß, muß ein gerechter, ein unanfechtbar gerechter Friede sein. Ueber die Frage der Entschädigung erklärte Lloyd George: Es ist Grundbedingung, daß der Verlierer bezahlt, und nach diesem Grundsatz sollten wir gegenüber Deutschland vorgehen, das Kriegskosten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen muß. Deutschland darf die Entschädigung nicht auf die Weise zahlen, daß es England mit billigen Waren überschwemmt. Wir ernannten eine große Kommission, die schließlich zu der Überzeugung kam, daß sich der Kaiser eines Kriminalverbrechens schuldig gemacht hat, und daß er zur Verantwortung gezogen werden sollte. Lloyd George erklärte dann: Ich wünsche keine Politik der Rache zu betreiben, aber wir müssen jetzt so handeln, daß künftig Leute, die sich verführen lassen, dem Beispiel der Herrscher, die die Welt in diesen Krieg geführt haben, zu folgen, wofür sie ihrer schuldig sind. Ich halte es auch für berechtigt, daß die Leute, die unsere Gefangenen nicht gefesselt behandelt haben, zur Verantwortung gezogen werden. England würde mit reinem Herzen vor ein Gericht gehen. Sein Ernennen ist unbedeutend. Der Sieg ist dem rastlosen Mut unserer Männer zu verdanken. Es wird eine Lehre für jeden sein, der glaubt, wie die preussischen Kriegsherren gehandelt haben, daß man in Zukunft diese kleine Insel in seiner Rechnung übersehen könne. Ueber die Schuld und die Urheber des Krieges sagte Lloyd George: Wir meinen, daß die Unterwerfung gerecht, aber ohne Konzessionen sei und zu einer endgültigen Abrechnung führen muß. Was die Untersee-Piraterie angeht, so müssen die Piraten bestraft werden. Und wer immer das Land eines anderen zerstört, muß dafür verantwortlich gemacht werden. Wir müssen dahin wirken, daß durch unser Vorgehen, durch ein gerechtes, furchtloses und mildes Vorgehen solche Verbrechen nie wieder in der Welt wiederholt werden.

Das Schicksal der Rheinlande.

Paris. "Homme Libre" schreibt: Die Entente habe ihren Willen dahin befestigt, daß das linke Rheinufer nicht bei Frankreich zu verbleiben soll. Imperialistische Kreise Frankreichs können für solche Zwecke den Krieg für sich allein fortführen, die jetzige Regierung gäbe sich hierin nicht her.

Der "Homme Libre" ist bekanntlich das Organ Clemenceaus. Aus diesem Grunde ist die Feststellung des Blattes besonders be-

merkenswert und wertvoll. Es wird sich aber erst auf der Friedenskonferenz zeigen, inwieweit die Auslegung des Blattes richtig ist; das linke Rheinufer sei nicht bei Frankreich zu verbleiben, ist ein sehr vieldeutiger Ausdruck. (Aussage Rheinlandpläne, die auf Schaffung eines rheinischen Völkerstaates abzielen, sind damit nicht ausgeschlossen.)

Eine angebliche Verhinderung des Rheinlandes.

Berlin, 29. November. Der Reichsgerichtsrat hat heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Aus Köln ist ein Delegierter des A. S. R. anwesend, der über die rheinischen Bourgeoisie besonders der Schwerindustrie, berichtet, die aus Furcht vor den Eisenwerken und der Sozialisierung die Rheinlande an Frankreich ausliefern möchten. Ein Mitglied des Reichsgerichts erklärt, daß er Material dafür besitzt, und daß schon 1916 bekannte rheinische Großindustrielle in Gemeinschaft mit hohen katholischen Geistlichen in Bern mit Sendungen des Verbandes verhandelt haben über einen Zusammenschluß der Rheinlande, Elz, Lotharingen und sogar Südbayerns unter französischem Protektorat. In der Diskussion wird hervorgehoben, daß es dieselben bürgerlichen Kreise waren, die jahrelang sich nicht genug tun konnten in anarcho-syndikalistischen Plänen für Deutschland. Wer die kapitalistische Volksseele kennt, der nimmt die Eitelkeit nicht mehr wunder. (Die Einwohnerschaft des Rheinlandes kann wohl verlangen, daß der Vertreter, der diese lächerlichen Behauptungen aufstellt, sobald mit Namen genannt wird und mit dem Material, das er anführt, herausrückt.)

Das letzte U-Boot Interniert.

Berlin. Das letzte deutsche U-Boot, "U. 117", ist am Samstag in England interniert worden.

Die Räumung des Ostens.

Ab Berlin, 30. November. Am Ostende sind die Räumungen und der Rücktransport unserer Truppen eingeleitet. Zunächst werden Ostland, Ostpreußen und das ganze Gebiet östlich der Weichsel, Baranowitsch, Torun und die Krime geräumt. Wegen der großen Entfernung und dem Mangel an Bahnen dauert die Räumung längere Zeit. Die ersten Kleintransporte kamen in Ostpreußen an. Durch die Verhältnisse in Polen werden die Räumungen sehr erschwert, aber nicht verhindert. Die Heeresgruppe Radziwin, bestehend aus ihrer Hauptmasse im Raum zwischen Pzegg und Krasnopol, kleine Transporte kamen bereits in Bayern und Schlesien an.

Zurück aufs Land!

Ein großzügiger Ansiedlungsplan.

Ab Berlin, 1. Dezember. Ein Aufruf Hindenburgs teilt mit, daß die Arbeiten zu einem großzügigen Ansiedlungsplan im Gange sind, wodurch auf billige erwerbende Land mit billigen, öffentlichen Geld für Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet werden, für städtische Arbeiter, Angestellte, Beamten und Angehörige verwandter Berufe Häuser in Gartenstädten und Gartenortstädten erbaut und gegen mäßige Vergütung der Selbstkosten übergeben werden. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Kameraden, die bisher mit nicht gekannter Todesbereitschaft und ebensolchem Opfermut 50 Monate hindurch die heimatische Erde schützten, das Vaterland nochmals durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungssinn zu retten und sich die eigene Zukunft und das eigene Glück zu bereiten.

Ein Aufruf des Staatssekretärs Bauer fordert die aus dem Krieg heimkehrenden Landarbeiter und alle die Personen, die auf dem Lande vor dem Kriege tätig waren, auf, nicht in die Städte und Industriebezirke, sondern auf das Land zu gehen, wo mehrere Millionen Sektar Raum zur Besiedelung bereitgestellt werden. Auf dem Lande gebe es jetzt Unterernährung und lohnende Beschäftigung, weil mehr als eine Million Kriegsgefangener und Landarbeiter ihren Arbeitsplatz verlassen. Die alten Ausnahmegehalte gegen die Landarbeiter und die Gefährdung seien außer Kraft gesetzt. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse würden durch Tarifverträge zwischen den Organisationen der Landarbeiter und der Gutsherren geregelt. Zur Herstellung der nötigen Wohnungen und zur Bereitstellung von Pachtland sollten die Gemeinden verpflichtet werden.

Volksernährungsplan der demokratischen Partei in Berlin.

Berlin, 1. Dezember. Zum ersten Male trat heute die neu gegründete deutsche demokratische Partei mit zahlreichen Volksernährungsplanungen auf den Plan. Im Julius Bausch, der die Fülle der Besucher nicht zu fassen vermochte, entwickelte Handelsminister Fischer das Programm der neuen Partei. Er wies auf die Unmöglichkeit des Zusammenbruchs des alten Regimes und auf die Unmöglichkeit des Reichstages hin, die Katastrophe zu verhindern. Das deutsche Parlament, abgesehen nach dem freiesten Wahlrecht berufen, beruhte auf einem durch und durch morschen System, lobte die Klassen unelastisch in den Händen einer autoritären Klasse verfallen, die sich um Volksrechte und Volkswillen nicht kümmerte. Die neue Partei ist bereit, alle Klassen des Volkes in sich aufzunehmen. Jeder Kampf zwischen den Klassen und Parteien soll vermieden und in Zukunft ein wahrer sozialer Frieden herbeigeführt werden, bei dem die Arbeiter und die Angestellten, die Kaufleute und alle, die nicht dem Besitz angehören in gleicher Berechtigung über ihr Wohl und Wehe mitwirken sollen. Nicht umfänglicher Sozialismus, sondern Gleichberechtigung aller Menschen, das Selbstbestimmungsrecht aller Berufsklassen ist das Ziel der Demokratie, die keine Zugeständnisse macht, sondern ein Gesetz schafft, das alle Deutschen bindet. Die neue Partei ist aber auch eine deutsche Partei, d. h. sie hält fest an dem Bestand des Reiches und begrüßt die österreichischen Brüder, die den Wunsch haben, sich dem neuen Reich anzuschließen.

Liberal-demokratische Einigung.

Berlin. Der Zusammenbruch der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen Partei zu einer einzigen demokratischen Partei steht, wie verlautet, unmittelbar bevor.

Wilhelm II.

Ab Haag, 30. November. Korrespondenzbureau. Wie wir erfahren, hat die Regierung eine Kommission eingesetzt, die aus den Herren W. C. A. Lohr, Professor A. C. H. Struycken und A. C. Bles besteht, die über die Stellung, die der frühere Kaiser von Deutschland in Holland einnimmt, Bericht erstatten soll. Die Kommission wird die Verhältnisse der holländischen Regierung zu den Reichsträgern zu prüfen haben, die sich aus der Zulassung und dem Verbleiben des früheren Kaisers von Deutschland ergeben.

Ab Berlin, 30. November. Zu den Mitteilungen des Professors Wegener in der "Kölnischen Zeitung", mit deren Formulierung er dem Ansehen des Kaisers nicht gerade einen Dienst erwiesen haben dürfte, beifügt sich auch die Behauptung, Bethmann Hollweg und Jaanow hätten den Kaiser im Juli 1914 "durchaus wider seinen Willen" nach Norwegen geschickt. Gegenüber dieser Behauptung erklärt die "Deutsche Allgemeine Zeitung": Bei der Unterredung unseres Vertreters mit Bethmann Hollweg am 26. 11., über die wir am 27. 11. in der Morgenausgabe berichteten, wurden auch die hier erwähnten Vorgänge ausführlich erörtert. Auch Bethmann wies darauf hin, daß der Kaiser ihn vor dem Eintritt der Reise nach Norwegen um seine Meinung fragte. Der Aufschub über der völligen Verzicht auf die übliche Reise wäre zweifellos in der ganzen Welt als Zugeständnis gerade von Deutschlands Standpunkt aus der sehr frischen Lage empfunden worden. Darum riet Bethmann dem Monarchen, die Reise anzutreten. Er hoffte daraus eine gewisse Entspannung der allgemeinen Lage. Nichts sollte unverändert bleiben, was geeignet erschien, die Beunruhigungen zu zerstreuen und den drohenden Weltbrand abzumenden. Mit voller Schärfe sprach sich aber Bethmann gegen die Unterstellung aus, als habe die Reichsregierung damals den Kaiser von Deutschland entfernt oder auf Reisen geschickt. — wie es in der Niederlage des Professors Wegener heißt. — um nun ungeführt zum Kriege treiben zu können.

Die Vorgeschichte des Krieges.

Ab Berlin, 30. November. Zu den Erörterungen über die Münchener Äußerungen erklärt die "Deutsche Allgemeine Zeitung", daß der hiesige Gesandte der bayerischen Regierung Dr. Müller, als er von amtlicher Seite wegen der Publikation gefragt wurde, sich dahin äußerte, daß die Veröffentlichung auf Anregung Clemenceaus erfolgt sei, der bei dem bayerischen Ge-

landten in Bern die Bekanntgabe von Deutschland beabsichtigtem Material als friedensfördernd angeregt habe. (Zwischen hat bekanntlich Clemenceau in Bern gesteuert, daß von ihm eine solche Anregung ausgegangen sei.)

Der Vorkampf für den Raub unserer Kolonien.

Der englische Kolonialminister Walter Long sagte in einer Rede in Bristol über die deutschen Kolonien: Obwohl wir keine territoriale Ausbehnung (1) wünschen, ist es doch auf keinem anderen Wege möglich, die Zukunft der Eingeborenen (2) hinreichend sicher zu stellen.

Jedes Wort über diese erbärmliche Heuchelei ist zum Lachen.

Wie die Italiener in Tirol haufen.

Ab Innsbruck. Aus Deutsch-Südtirol laufen fortgesetzt Berichte ein, wonach die Befriedung der deutschen Bevölkerung durch die italienischen Besatzungstruppen andauert und das Requisitionsverfahren mit Härte geübt wird. Die Lebensmittelnot ist geradezu katastrophal geworden. Die Internierungen und Verschleppungen dauern fort. Das italienische Soldatentum wird mit unerhörter Grausamkeit auch bei den kleinste Vergehen gehandelt.

Berlin. An Stelle des erkrankten Dr. David ist nun Karl Kaufmann, der schon als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt seit kurzem tätig ist, nun auch Frau Kaufmann getreten. Frau Kaufmann widmet ihre Tätigkeit hauptsächlich dem Material des Reichs des Auswärtigen Amtes, das sich auf die Ursachen über den Beginn des Krieges bezieht.

Ab Berlin. Wie wir aus dem Reichsarbeitsamt erfahren, haben die Vorhändlungen des Rates der Volksbeauftragten sich damit einverstanden erklärt, daß zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit sowie zur Errichtung von Not- und Behelfsbauten nach Maßgabe der vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 31. Oktober 1918 beschlossenen Bestimmungen Baukostenzuschüsse aus Reichsmitteln bis zum Betrage von 100 Millionen Mark gezahlt werden können.

Regensburg. In einer Versammlung betonte der bayerische Bauernführer Dr. Heim, daß er die Verbesserung der Fleischversorgung für die kommenden Wintermonate durch Aufhebung der Fleischlosen Wochen für unbedingt halte. Das sogenannte Fleischverbot und Fleischnot, das jetzt auf den Markt kommt, mache dies ohne Bedenken möglich. In den Sommermonaten 1919 aber werde sich selbst bei vollständig offener Grenze und selbst unter Annahme der Wiedereinführung geordneter Verhältnisse die Fleischversorgung weiter verschlechtern, da aus dem Ausland so gut wie nichts zu erwarten sei. Immerhin werde die Fleischversorgung auch dann nicht mehr so tief sinken, wie sie infolge der verkehrten Maßnahmen der doppelten Fleischzulage im Sommer 1917 gesunken war. Nach der Meinung von Dr. Heim seien diese Maßnahmen noch heute zu beseitigen und sie würden noch länger zu büßen sein.

Haag. Das Blatt "De Tijd" erinnert an einen Ausspruch des englischen Königs, den dieser seinerzeit dem deutschen Legationsrat in London, Earlhard, gegenüber tat. Er sagte: "Nach meiner Meinung sind Deutschland und England die natürlichen Bundesgenossen. Zusammen würden sie die Polizei in der Welt handhaben können und den allgemeinen Weltfrieden sichern. Gewiß hat Deutschland Kolonien und wirtschaftliche Expansion nötig, und beides würde es auch in genügendem Maße haben können, denn es ist Raum genug für Deutschland und England in der Welt da." — Heute wird sich König Georg dieses Ausspruchs wohl nicht mehr erinnern wollen.

Ab Prag, 30. November. Das tschecho-slowakische Frechbureau meldet aus Podgorica in Montenegro vom 29. November: Die große montenegrinische Stupschina beschloß einstimmig, König Nikolaus und sein Haus abzusagen und Montenegro unter König Peter mit Serbien zu vereinigen.

Berlin. In einer Tagung der Soldatenräte Groß-Berlins wurde folgende Entschlossenung angenommen: "Die Soldatenräte der Garnisonen Groß-Berlins sprechen sich dahin aus, daß die Nationalversammlung einberufen wird, so schnell, als es technisch möglich ist, und begründen daher den Beschluß der Reichsregierung vom 20. November 1918; das dringendste Gebot der Stunde ist jedoch, bis zur Nationalversammlung mit allen Kräften für die Durchdringung des Volkes und der bestehenden Institutionen mit dem Geiste der sozialistischen Revolution zu wirken."

Ab Bad Gms, 1. Dezember. Delegiertenkongress der Frontsoldaten in Gms. Heute versammelten sich die Frontsoldatenräte in Gms zu einer Tagung. Anwesend waren etwa 300 Delegierte, unter denen sich viele Offiziere befanden. In der Mehrzahl gehörten die Teilnehmer zu den Intellektuellen. Kamerad Giesel sprach über die Regierung. Kamerad Thiele gab eine kurze Zusammenfassung der Vorgänge, die zur Revolution geführt haben und sollte seine Ausführungen unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden dahin zusammenfassen, daß die Revolution demokratisch und sozialistisch sein müsse. In der Diskussion wurde ausfindig, daß die Soldatenräte der Frontsoldaten hinter der Regierung zu stehen, ein etwaiges Veto auf solche Verordnungen des Berliner Volkskongresses zu behaupten. Bei den Teilnehmern waren vielfach solche Vorstellungen über die Stärke und Bedeutung der Soldatenräte und des Schlagwortes "Volkswille" vorhanden.

Folgende Resolution gelangte zur beinahe einstimmigen Annahme: Wir, die in Bad Gms versammelten Delegierten des Frontheeres, begrüßen die neue deutsche Freiheit, begrüßen die junge deutsche Republik. Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, sowohl gegen gegenrevolutionäre Bestrebungen von rechts, die auf eine Wiederaufrichtung des alten Regimes hinarbeiten, als gegen Versuche von links, die Gewalt von oben durch die Gewalt einer Minderheit von unten zu erzeugen, denn dann würde nur der Friede verhindert, die Einheit des Reiches gefährdet, die Ordnung im Innern aufgelöst und ein Neubau des Vaterlandes unmöglich gemacht. Beide Verläufe führen lediglich zum Bürgerkrieg. Für den Neubau ist die politische Demokratie, aber auch, um die Folgen des verurteilten Krieges zu heilen, die schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe notwendig. So müssen wir vor allen Dingen die heiligen Pflichten, die das Volk gegen die Opfer des Krieges, die Witwen und Waisen unserer gefallenen Kameraden und die Kriegsbeschädigten, hat, erfüllen. Nur so ist es möglich, die sozialpolitischen Forderungen des werktätigen Volkes, der Hand- und Kopfarbeiter, zu verwirklichen. Um so mehr beklagt der Vertreter der Streiks der lebenswichtigen Industrie. Wir, die in jahrelangen schweren Kämpfen unser Leben eingelegt haben, appellieren an die Einheit und die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterkraft, den Wiederaufbau Deutschlands nicht durch Arbeitsverweigerungen zu gefährden; denn gerade die unbeittelten Bevölkerungsteile würden am schwersten an den Folgen zu leiden haben und unsere Existenzmöglichkeit würde aufs ernsteste gefährdet werden. Der Vertreter ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine gesetzmäßige Regierungsgewalt gegründet werden muß. Er verlangt deshalb die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Die Teilnahme an der Wahl muß für alle wahlberechtigten Angehörigen des Heeres gesichert sein. Der Vertreter hat das Vertrauen zu der Regierung überhört, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einlehen wird. Er stellt sich deshalb im Namen des Frontheeres entschlossen hinter sie.

Die Befreiung der deutschen Gebiete.

Berlin. Nach dem "New York Herald" vollzieht sich die Befreiung des deutschen Gebiets folgendermaßen: Der Vormarsch beginnt am Sonntag, den 1. Dezember. Die Belgier besetzen das Gebiet bis Düsseldorf, von der holländischen Grenze bis zu dem englischen Abzweig. Die Engländer besetzen den Brückenkopf Köln und das Hinterland vom Rhein bis zur belgischen Grenze. Die Amerikaner besetzen den Brückenkopf Koblenz und das Gebiet nach Westen bis zur luxemburgischen Grenze. Die Franzosen besetzen den Brückenkopf Mainz und das Gebiet des linksrheinischen Rheins sowie der Pfalz. Der Vormarsch verläuft in vier Zonen. Jedemal wenn die Verbündeten in eine dieser Zonen einrücken, müssen die deutschen Truppen die nächste Zone verlassen, so daß keinerlei Berührung zwischen den beiderseitigen Truppen erfolgt. Für die

Befehung beim. Räumung jedes Abschnitts ist ein Zeitraum von vier Tagen vorgesehen. Am 1. Dezember, wo die Verbündeten die deutsche Grenze überschritten, müssen die deutschen Truppen hinter der Linie Düsseldorf-Düren-Münster-Berlin-Köln-Rostock-Spangenberg stehen. Am 5. Dezember müssen sie sich südlich von Remagen-Köln-Weidenheim-Berlin-Berlin befinden, während die Verbündeten den vorherliegenden Abschnitt ausfüllen. Am 9. Dezember muß das ganze linke Rheinufer geräumt sein. In der Zeit vom 9. bis 13. Dezember muß auch die 10-Kilometer-Zone um Köln, Koblenz und Mainz und die 10 Kilometer breite neutrale Zone geräumt werden. Am 13. Dezember rücken dann die Verbündeten in die Brückenköpfe ein.

Die zurückgestellten Wehrpflichtigen.

Um Zweifel zu beheben, wird darauf hingewiesen, daß sämtliche bisher dem Wehrdienst zurückgestellten Wehrpflichtigen, also aus dem Heeresdienst entlassen, ausgenommen die Angehörigen der Jahrgänge 1898 und 1899, die zum Heeresdienst einberufen und — gleichgültig aus welchem Grunde — wieder entlassen waren, die werden von den Bezirkskommandos dem nächstgelegenen Ersatztruppenteil ihrer Wehrangabe überwiesen.

Gefuche um weitere Zurückstellung bzw. Entlassung aus dem Heeresdienst, wie sie zur Zeit hier und bei der Kriegsmobilisierung noch eingehen, sind daher nicht mehr notwendig. Für Angehörige der Jahrgänge 1898 bis 99 kann ihnen zunächst auf keinen Fall stattgegeben werden.

Frankfurt a. M., 30. November 1918.

Im Auftrag des Arbeiters- und Soldatenrats:

Das stellvertretende Generalkommando 18. A. R.

gez. v. Studnitz, Generalmajor.

Die Arbeitskräfte im linksrheinischen Industriegebiet.

Ab Frankfurt a. M., 30. November. Wie der Staatskommissar für Demobilisierung mittels, haben Arbeitskräfte im linksrheinischen Industriegebiet entgegen aller Zurückstellungsgefühle auf ihren Arbeitsstellen zu bleiben. Die in dem zu räumenden Gebiet beiderseits des Rheins wohnhaften Heeresangehörigen können mit Ausnahme der Jahrgänge 1898 bis 99 dorthin entlassen werden. Die Befürchtungen, daß die feindliche Heeresleitung die Wehrpflichtigen entweder als Kriegsgefangene oder zu Arbeitszwecken abführen lasse, entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Diese Maßnahmen gelten auch für die Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz.

Der A. und S.-Rat Frankfurt a. M.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Wiesbaden, den 2. Dezember 1918.

* Der Rückmarsch der Armee nimmt seinen geordneten Verlauf. Von den 500.000 Mann der 5. Armee unter General v. d. Marwitz, die auf den Brücken von Mainz, Geisenheim und St. Goar den Rhein überschritten, haben schon gewaltige Massen das diesseitige Rheinufer erreicht. Sie haben sich auf den verschiedenen Wegen ins Land ergossen und streben ihren Standorten zu. Ein großer Teil dieses Rückwärtseilanzes ergoß sich an den letzten beiden Tagen der abgelaufenen Woche auch in unser Biedrich. Besonders am Samstag glückte unsere Stadt einem großen Heerlager. Es kostete Mühe, die weit über 5000 Mann unterzubringen, aber es gelang. Nur für die mehr als 2500 Pferde war nicht genügend Unterstand vorhanden und sie mußten zu einem großen Teil die Nacht unter freiem Himmel verbringen. Trotz der Müdigkeit machten die Soldaten, sobald sie ihr Unterkommen gefunden hatten, sei es im Massen- oder in Bürgerquartier, Toilette so gut es ging, gingen in der Stadt spazieren und verhielten sich abends Ablehnung durch Besuch einer Kinovorstellung oder einer Theatervorstellung in Wiesbaden. Die in Bürgerquartieren Untergebrachten unterhielten ihre Gastgeber durch Erzählungen aus dem Feldzugsleben, bis die Wespertunde dem ein plötzliches Ziel setzte. Einen Hauptplatz bildet die Einquartierung stets für die Schuljugend. Den Jüngern ist es ein Hauptvergnügen, wenn sie sich auf einen Gaul setzen oder ein Stück auf einem Wagen oder Auto mitfahren dürfen. Manchmal sind sie allerdings auch etwas zu aufdringlich und verwegend, jedoch leicht ein Unfall entstehen kann. Zu Führerdiensten stellt sich die Jugend bereitwillig zur Verfügung. Den letzten Sonntag hatten viele hunderte von Menschen aus unserer Stadt dazu benutzt, um sich in Mainz den Durchmarsch anzusehen. Eine dichte Menschenmenge sammelte dort zu beiden Seiten der Straßen ein, welche der gewaltige Troß vom frühen Vormittag ab bis über den Mittag hinüber durchzog. Truppen zu Fuß, Bagagewagen, Feldküchen, Maschinen-gewehre, Minenwerfer, Feldartillerie mit Geschützen und Munitionswagen, Kavallerie, Personen- und Lastkraftwagen wechselten ständig miteinander ab. Die zur Deduktion gegen Hungerleid bemalten Wagen aller Art haben allerdings nichts militärisches an sich, wie überhaupt das militärische Bild durch das Feldgrau etwas einseitiges ist. Wenn man sich einen stundenlangen Zug beobachtet, kann man doch über den großen Bedarf an Pferde- und Wagenmaterial, den eine Feldtruppe im modernen Kriege zu ihrer Versorgung mit Material aller Art, Munition und Verpflegung nötig hat. Die Pferde werden auf dem Rückmarsch sehr mitgenommen und manch eines von ihnen bricht unterwegs zusammen. Einen solchen Fall erlebten wir am Samstag nachmittag in der Rathausstraße. Das Tier war seit morgens 5 Uhr auf den Beinen, ohne unterwegs Futter bekommen zu können, jedoch es vor Erschöpfung hinfiel. Es war nicht mehr möglich, ihm auf die Beine zu helfen; schließlich mußte es an Ort und Stelle getötet werden. Eine besondere Seite in dem militärischen Bild stellen die Hunde dar. Diese anhänglichen Tiere haben unseren Vaterlandsverteidigern draußen in Not und Tod ihre sprichwörtliche Treue bewahrt und manchem von ihnen durch ihre Wachsamkeit oder ihre gute Dressur das Leben gerettet. In mancher düsteren Stunde haben sie ihnen im todbringenden Schützengraben Gesellschaft geleistet. Daß der Soldat ihnen das auch auf dem Rückmarsch nicht vergißt, kann man hundertfältig beobachten an der pfleglichen Behandlung, die er ihnen angedeihen läßt. Bei ihrem Empfang in Mainz können die Soldaten so recht sehen, mit welcher Liebe die Heimat ihrer wartet. Diese Liebe äußert sich nicht nur platonisch. Junge Mädchen mit Körbchen voll Blumen, Zigaretten, Äpfeln, belegten Broten und frischen Bröckchen bedanken die Soldaten, wofür viele sich sehr dankbar zeigen. Auch Kaffee gibt und gie und da ein Glaschen Cider. Wenn ja einer geneigt ist, den Kopf hängen zu lassen, so wird er neu belebt durch die Befriedigung des Hungers und Magens, durch die Anregung der Nerven, die ihnen der Rauch der Zigaretten verschafft, u. vor allem durch die wohlthuende Empfindung, welche die allseitige freudige Begrüßung in ihnen weckt. Die körperliche Verfassung der Truppen ist trotz der Marschstrapazen im Großen und Ganzen eine gute. Besonders den jüngeren Jahrgängen fehlt man die Anstrengungen des Feldzuges wenig an. In vollkommener Ordnung bewegen sich die Jüge daher, immer wird der Abstand von Mann zu Mann, von Fahrzeug zu Fahrzeug eingehalten. Die militärische Disziplin läßt ihnen zu tief in den Knochen, als daß sie nun dem Disziplin verlernen könnten. Man sieht es: ein jeder weiß, wie wichtig das Verhalten jedes Einzelnen für das Gelingen des ganzen Rückzuges ist. Mit der Ueberwindung des Rheins löst sich in Allen das Gefühl des Geborgenseins im Schutze der Heimat aus. Trotz des ersten ihrer Tage sind viele von ihnen zu Schmerz und Reue gekommen, wie aus Aufschreien, Abjahren und dergleichen zu erhellen ist. Und ein wohl-gemeintes Scherzwort aus den Reihen des Publikums findet meist verständnisvolle Erwiderung. Seltener, der nicht mit einem glühenden Schwert, einer Blume oder einem Papaverdschen geschmückt ist.

Die mitgeteilten Zahlen unserer Samstags-Einquartierung sind noch weit überschätzt worden. Es waren insgesamt 280 Drillette, 644 Mann und 2610 Pferde. Gestern hatten wir neben einer Ausposten noch 2 Drillette, 32 Mann und 10 Pferde unterzubringen. Auch war ein kleiner Teil der Samstag-Einquartierung, der gestern bei Rodenstadt infolge Nichtankommens der bestimmten Marschzeit auf einen anderen größeren Heereskörper gestoßen war und nicht weiter konnte, kurzer Hand wieder nach hier zurückgeführt. Für den heutigen Sonntag sind wieder mehrere Tausend Mann unterzubringen. Heute früh marschierten ein Trupp Pianisten in Stärke von etwa 2 Kompanien, aus dem Rheingau kommend, unter klingendem Spiel hier durch. Die Truppe machte in ihren lorberechneten Stahelheimen einen vorzüglichen Eindruck. Heute abend ist den Kriegern der Besuch des Landestheater und des Residenztheaters freigestellt.

* Entwichen. Ein Fürstgejagter, welcher von hier einer Besserungs-Anstalt wieder zugeführt werden sollte, in seinem Transporteur in dem lebhaften Verkehr auf einem größeren Vaanboje entwichen. Der goldene Freiheit konnte er sich jedoch nur kurze Zeit erfreuen, denn den Nachforschungen der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, seiner in Wiesbaden habhaft zu werden und ihn wieder dingfest zu machen. Seinem Freiheitsbestreben wird durch scharfe Bewachung nun Rechnung getragen.

* Selbstmord. Ein Kaufmann aus Wiesbaden hat am 20. v. Mts., abends halb 12 Uhr, durch einen Sprung in die kühlen Fluten des Rheines seinem jungen Leben ein Ziel gesetzt. Der Beweggrund zu seiner Tat ist zweifelsohne in vorgetommenen Geschäftsuntimmigkeiten mit seinem Brodherren zu suchen. Da die Leiche noch nicht gefunden worden ist, dürften folgende Angaben zur Erkennung dienen: Alter: 19 Jahre, etwa 1,70 Meter groß, dunkelbraunes Haar. Kleidung: Schwarzer Umhang, dunkler Rock, gestreifte Hose, dunkelgrüne Sportstrümpfe und gelbe Schnürschuhe. Trägt silberne Armbanduhr. In seinem Besitz soll sich eine Brief-tasche mit größerem Gelddbetrag, bestehend aus Papiergeld und eine silberne Herrenuhr mit goldener Kette, in Schachtel verpackt, befinden. Von der Leichenfindung bittet man die hiesige Kriminal-polizei zu verständigen.

* In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß von durch-geliebten Soldaten Pferde und militärische Ausrüstungsstücke ver-tauscht worden sind. Es wird bekannt gegeben, daß solche Rechte einzelnen Soldaten nicht zustehen und nur Verläufe mit Militär-behörden abgeschlossen Gültigkeit besitzen.

* Wie wir erfahren, sollen die Familienunterstützungen für Kriegsteilnehmer allgemein bis zum 31. Dezember 1918 weiter-gewährt werden. Darüber hinaus sollen den nach dem 30. Novem-ber 1918 zur Entlassung kommenden Mannschaften noch zwei Halb-monatsraten an Familienunterstützungen ohne Prüfung der Be-dürftigkeit ausbezahlt werden. Der betreffende Entwurf dürfte schon in den nächsten Tagen fertiggestellt werden.

* Auf Veranlassung des Zweigvereins Wiesbaden-Biedrich der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrank-heiten ergibt durch den Arbeiter- und Soldatenrat eine eindring-liche Warnung an die heimkehrenden Krieger in Form eines an den Hauptstammstellen (Bahnhof, Meldeamt, Polizeidirektion, Garnisonkommando usw.) seit Ende voriger Woche angebrachten Plakates. Dieses hat folgenden Wortlaut: Soldaten! Wer mit einer unheilbaren Geschlechtskrankheit befallen ist, kann sich, seine Familie und seine Umgebung in großes Unglück stürzen. Kein braver Soldat wird diese furchtbare Verantwortung auf sich nehmen! Deshalb, wer von Euch wehrt oder befürchtet muß, daß er geschlechtskrank ist, der gehe sofort zum Arzt. Im städtischen Krankenhaus zu Wiesbaden, Verwaltungsgelände, Gröschhof links, findet täglich von 10—12 Uhr unentgeltlich Unter-suchung und Beratung für die weitere Behandlung statt. Sol-daten! Hilft Euch vor Geschlechtskrankheiten! Lebt und befolgt Eure Wehrblätter. Je früher Ihr nach erfolgter Entlassung zum Arzt geht, um so leichter und sicherer ist die Heilung. Wiesbaden, den 21. November 1918. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

* Hochheim. Die gestrige Volksversammlung im Saale „Zur Krone“ war sehr stark besucht, so daß die Räume schon frühzeitig überfüllt waren. Ueber den Verlauf derselben folgt Bericht in nächster Nummer.

* Hochheim. Durch das Eingreifen des Arbeiter- und Bauern-rates in die Gemeinde-Verwaltungsgeschäfte konnten schon ver-schiedene Besserungen in der Versorgung mit Lebensmitteln, Heiz-material u. dgl. eingeführt werden. Unter anderem wurde der Preis des in der Bullenstation ausgegebenen Brennholzes von 5 auf 4 Mark für den Zentner herabgesetzt. Bei der Holzverlegung tritt demnach eine Minderung ein, daß die Verteilung sich bei Kindern bis zum 10. Lebensjahre erstreckt. Sobald die Ver-teilungslisten fertiggestellt sind, fällt die seitherige Ausfuhr von Holz weg, um den hiesigen Bedarf damit zu decken. Auch dem hier so beliebten Ausführen von Obst, Gemüse und anderen Erzeug-nissen der Landwirtschaft nach Wiesbaden oder andere Plätze in kleinen Körben wird für die Folge Grenzen gesetzt, damit die wucher-lichen Preisforderungen in Wegfall kommen und den Einwohnern mehr Kaufgelegenheit am Platze bleibe.

* Wiesbaden. Verein nassauischer Redakteure. In einer Sitzung Wiesbadener Redakteure am Freitag abend wurde beschlossen, eine Organisation aller Redakteure Nassaus zu gründen. Die neue Organisation steht in Verbindung mit dem Reichsverband deutscher Presse, dem sie als Teilmitglied angehören wird, ihre Aufgabe darin, die Interessen der Presse gegenüber der Öffentlichkeit sowie die besonderen geistigen sowie materiellen Interessen der Redakteure wahrzunehmen. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Hauptredakteur Hegerhorst (Wob. Tabl.), zum Schriftführer Redakteur Diepel (Wob. Ztg.), zum Kassensührer Redakteur Etienne (Nass. Volksztg.).

* Oden. Auf eine Anfrage des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Franke an die Nassauische Landesbank, ob wehrpflichtige Leute, die erst nach dem 1. August 1914 nach Höchst gezogen sind, die Stadt verlassen müssen, ist vom Staatssekretär Erbacher folgendes Telegramm ein-gegangen: „Ordnungsgemäß durch Bezirkskommando entlassene Wehr-männer können unbeschränkt bleiben, ebenso Beamte.“

* Frankfurt. Montag, den 2. Dezember, zieht die 213. Division mit General v. d. Marwitz an der Spitze in Frankfurt ein. Die Division wird 10. bis 15.000 Mann stark sein. Etwa 5000 Mann werden hier in Schützen einquartiert.

* Frankfurt. Die Heeresgruppe Gallwitz überfandte der F. Z. folgendes Telegramm: Die der Heeresgruppe unterstellten Armeen, die 5. Armee, unter Führung des Generals der Kavallerie von der Marwitz und die Armeekorps C unter Führung des General-leutnants Fuchs überschreiten in diesen Tagen in breiter Front zwischen Koblenz und Speyer den Rhein. Bis zur letzten Stunde haben die Truppen der Armeen dem Ansturm des an Zahl sehr überlegenen Gegners standgehalten. Unbesiegt und in guter Ord-nung kehren sie zurück im Bewußtsein treu erfüllter Pflicht. Sie freuen sich, die Heimat wiederzusehen, wissen sie sich doch des Dankes und eines freudigen Empfanges der Bevölkerung sicher. Die Truppen der Heeresgruppe werden sich jedes Eingriffs in die Tätig-keit der Verwaltungs- und Sicherheitsorgane der Heimat enthalten. Andererseits erwarten sie, daß die heimatischen Behörden und die Bevölkerung sie nach Kräften unterstützen und alles vermeiden, was ihre Ordnung und Disziplin stören könnte. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C.: von Gallwitz, General der Artillerie.

* Frankfurt. Aus Anlaß der glücklichen Heimkehr seines Sohnes aus dem Felde stellte der Kaufmann Louis Salomon dem Ma-gistrat 20.000 Mark für Frankfurter Kinder zur Verfügung, die ihren Vater beim Ernährer durch den Krieg verloren. — Des Beispiel verdient Nachahmung.

* Oberhesseln. Durch spielende Kinder wurde hier ein Brand verursacht, dem zwei mit wertvollen Materialien belegte Militär-kraftwagen zum Opfer fielen.

* Wiesbaden, 29. November. Der frühere Vorsitzende des hiesigen Landtagsabgeordnete, Herr Karl, hat nach Fortschrittsbe-dürfnissen in einer Versammlung in Kreuznach ausgeführt, daß ihm die Stelle des hiesigen Kultusministers angeboten worden sei. Er habe aber abgelehnt, weil er sich nicht in sein Amt hineinreden lassen wolle. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß Herr Karl Herr Karl zu seiner Zeit ein solches Amt im neuen hiesigen Mini-sterium von irgendwelcher zuständiger Stelle angeboten worden ist.

Bermischtes.

* Kassel, 1. Dezember. Das Große Hauptquartier. Vor Ende dieses Jahres ist, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, an eine Verlegung des Großen Hauptquartiers aus Solch Wilhelmshöhe nicht zu denken. Die Oberste Heeresleitung muß zur Sicher-stellung der Demobilisierung der Millionenheere sich nahe an der Westfront befinden, da der ungedeckte telephonische und tele-graphische Vermittlungsbedarf zwischen Truppen und Zentrale nicht von Berlin aus bewältigt werden kann. Erst nach der Abrüstung legt das Große Hauptquartier seine Befugnisse in die Hände des Berliner Kriegsministeriums zurück.

* Kassel, 1. Dezember. Hindenburgs Gruß an die heimkehrenden Krieger. Von einem Augenzeugen wird eine ergreifende Szene be-richtet, die sich hier, beim Einzug der 83er, abspielte. Nach dem Empfang durch die Bürgerschaft ordneten sich die Truppen zu

einem Zuge nach der Wohnung Hindenburgs. Der Feldmarschall ging den Soldaten entgegen. Als die ersten 83er mit ihren sturm-gezwungenen Fahnen anrückten, da kuckte es über das Gesicht des Feldherrn und Tränen rannen ihm über die Wangen, die das Lächeln schnell beiseite wusch. Dann redete sich der Feld-marschall hoch auf, und während er die Krieger begrüßte, brachte Fabrikant Schneider von hier ein Hoch auf Hindenburg aus, das sich braufend durch die langen Reihen der Feldgrauen und der Ein-mohner fortplante.

Die Heimkehr.

Von eme alte Frankfurter.

So bawo ich euer Heimkehr merr gedenkt:
Es sollte laute alle Kerscheglede
So bröhnend, daß die Droschkepöulcher bode,
Unn alle Fahne hätte merr geschwenkt,
Unn e Bekehr unu Jemel sollt erklinge,
Dah rings erum die Trommelschläger schbringe!
Ach, annerkcht, annerkcht gukt die Heimkehr aus!
Im Darschanner findt 'r Deutschlands Haus,
Unn schadt uff eure Vorbeern ausgraste,
Statt dabbelt schwere Arwett euch unu Gaste,
So bröhne nei die Kerscheglimmcher,
Es bode nei die Droschkeglimmcher,
Doch dhut euch aach too laut Bekehr empfangt,
Kaa Bimbambum, kaa Fahnechwanz, kaa lange,
Im Herze hawwe merr für euch gesaggt!
Die Träne, die die Wangen unu beneht,
Sin schenre Fahne als die Beimondelhe:
Der schdille Händedruck e scheener Redd,
Als je e Redner se gebaddet hätt!
Gud uns ins Nagl! Dabrin schdebt's dief unu groh:
„Willkomme, Alle, in der Heimat Schoh!“
Unn alle Herze laute rein unu wahr:
„Dan! Dank dir, unvergleichlich Heide-
fhar!“

Neueste Nachrichten.

Eisner in München ausgepfiffen.

München, 2. Dezember. Der bayerische Ministerpräsident ist im Nationaltheater in München bei einer Revolutionsfeier regel-recht ausgepfiffen worden und dazu von einer geladenen Zuhörer-schaft. Die Zuhörerschaft bestand aus heimgekehrten Soldaten und Hoch- und Mittelschülern.

Polen.

Berlin, 2. Dezember. Die „Post“ schreibt: Ist die Scham bei uns schon so weit gesunken, daß wir uns von einem Volke, das wir mit unserem Blute aus der russischen Herrschaft befreit haben, hintertricks berauben lassen, das Preußen in der Jahrhundert-langen Arbeit aus der früheren Untutur herausgehoben hat?

Die Bezeichnung Nassau.

Nachen, 2. Dezember. Am Sonntag nachmittag ist Nachen von zwei Regimenten belgischer Kavallerie besetzt worden, die mit Hörnerklang bis vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt, die eine Stunde früher ist als die deutsche und ferner bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen sein müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand auf der Straße sehen lassen. Einem Mitglied des Soldatenrates, das von dem belgischen Kommandanten empfangen werden wollte, ließ der Kommandant erklären, daß der Soldaten-rat abgesetzt sei und daß fortan in Nachen nur noch der Oberbürger-meister anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen drei Tage nicht erscheinen. Sie werden dann einer strengen Zensur unterworfen. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente wird ver-boten und die politische Haltung der Zeitungen streng überwacht.

Ab Berlin, 1. Dezember. Die Waffenstillstandskommission in Spa befachte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Frage der In-ternierung der Armee Radenens, über welche weitere Verhand-lungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsab-kommen darf die Armee Radenens nicht interniert werden, sondern muß sich unverzüglich hinter die deutsche Grenze zurückziehen. — Nicht transportfähige Kranke und Verwundete, die in zu belegen-den deutschen Gebieten zurückbleiben, werden zurückgegeben, sobald sie transportfähig sind. Die transportfähigen dagegen werden gefangen gesetzt. Kranke und verwundete Soldaten in Kurorten müssen, sobald sie transportfähig sind, weiterbefördert werden.

Bekanntmachung.

Ausgabe von Kriegsgeld.

Die Ausgabe der 5-Mark-, 10-Mark- und 20-Mark-Scheine er-folgt demnach. Viele Guldene haben den elben Wortlaut wie die 50-Mark-Scheine.

Der Ausbruch der 5-Mark-Scheine ist auf der Vorderseite in dunkelblauer Farbe, der der 10-Mark-Scheine in blaugrüner und der der 20-Mark-Scheine in brauner Farbe dargestellt. Vorunter befindet sich ein Unterdruck mit dem Wappen des Reichsverbandes in hellgrüner bzw. hellblauer und bla Farbe 5-Mark- und 10-Mark-Scheine sind mit einem Grunddruck in grauer Farbe, 20-Mark-Scheine in gelber Farbe versehen. Das Papier enthält ein Wasser-zeichen.

Wiesbaden, den 30. November 1918.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Präm. Gold. Medaille



Paul Rehm,
Zahn-Praxis
Wiesbaden, Friedrichstr. 50, 1.
Zahnschmerz beseitigung, Zahnziehen, Nervtöten
Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahn-
ersatz in div. Ausführungen u. a. m.
Sprechst.: 9—6 Uhr. Telefon 3118.
Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins.

An alle

Drucklachen-Verbraucher!

Durch eine neuerliche Zubilligung erhöhter Lohnzulagen an die Ge-hilfen, Einführung des Achtstunden-tages und infolge der anhaltenden Steigerung aller Materialpreise und der Geschäftskosten stehen sich die Buchdruckereien gezwun-gen, vom 1. Dezember 1918 ab eine weitere Erhöhung der Druckpreise ein-treten zu lassen.

Deutscher Buchdruckerverein. Bezirk Wiesbaden.